GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Geburtenrückgang, Geschlechterpolitik und politische Steuerung

Hummel, Diana

2007

https://doi.org/10.25595/3108

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hummel, Diana: *Geburtenrückgang, Geschlechterpolitik und politische Steuerung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 16 (2007) Nr: 1, 97–100. DOI: https://doi.org/10.25595/3108.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Geburtenrückgang, Geschlechterpolitik und politische Steuerung

DIANA HUMMEL

Nahezu täglich thematisieren Politik und Medien den demographischen Wandel und seine Folgen. Gemeinsam mit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung wird in Krisenszenarien insbesondere die niedrige Geburtenziffer als Alarmzeichen gedeutet. Die für sinkende Kinderzahlen Verantwortlichen wurden von konservativen AutorInnen wie z.B. Frank Schirrmacher oder Eva Herman bereits ausgemacht: die Frauen. Von der Politik würden sie zur Erwerbsarbeit genötigt und ihr Emanzipationsstreben führe sie von ihrer „eigentlichen" Bestimmung und Erfüllung als Mutter weg. In derartigen Positionen leben gesellschaftlich längst überholte biologistische Geschlechterbilder wieder auf. Zugleich wird daran deutlich, wie eng der Demographie- und der Geschlechterdiskurs miteinander verknüpft sind. Überlegungen über die Möglichkeiten und Mittel pronatalistischer Politiken und deren Effektivität spielen dabei eine besondere Rolle. Um diesen geschlechterpolitischen Diskurs über die Steuerung der Geburtenentwicklung geht es im folgenden Beitrag.

Geburtenraten in Deutschland und im europäischen Vergleich

Seit mehr als 100 Jahren verzeichnet ganz Europa sinkende Geburtenzahlen. In allen europäischen Ländern liegt die Geburtenrate unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau, bei dem die Bevölkerungszahl konstant bleibt. Allerdings bestehen zwischen den Ländern große Unterschiede. Dass Deutschland eine der weltweit niedrigsten Geburtenraten verzeichnet, ist ein Mythos. Während hierzulande durchschnittlich 1,35 Kinder pro Frau geboren werden, registrieren einige Länder in Süd- und Osteuropa weitaus geringere Werte (Stand 2003/04): In Italien z.B. beträgt die „zusammengefasste Geburtenziffer"[1] 1,29 Kinder, in Griechenland 1,27 und in Tschechien sogar nur 1,18. Demographische „Vorzeigeländer" sind demgegenüber Skandinavien und Frankreich. In Island bekommen Frauen durchschnittlich 1,99 Kinder; in Norwegen 1,80 und in Schweden 1,71. In Frankreich liegt die Geburtenrate bei 1,89 Kindern (vgl. Beck-Gernsheim 2006, 11).[2]

Eine deutsche Besonderheit ist die insgesamt hohe Kinderlosigkeit. In Deutschland blieben in der Generation der in den 1960er Jahren geborenen Frauen etwa 25-30% kinderlos, während in anderen Ländern mit niedriger Geburtenrate wie z.B. Italien eher die Tendenz zur Einkindfamilie vorherrscht. Das durchschnittliche Alter von

Frauen bei der Geburt des ersten Kindes ist in Deutschland von 25 Jahren in den frühen 1960er Jahren auf 29,4 Jahre im Jahr 2003 gestiegen (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005). Insbesondere der Anstieg des Bildungsniveaus führt dazu, dass die Geburt des ersten Kindes auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. Hierzulande besteht gerade für jüngere Frauen ein starker Zielkonflikt zwischen dem Wunsch nach Kindern und dem Ziel der ökonomischen Unabhängigkeit und sozialen Absicherung. Vor dem Hintergrund der Arbeitsplatzunsicherheit, der Zunahme befristeter und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie wachsender Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen schieben viele Frauen das Kinderkriegen auf, da dies auch heute noch oftmals mit dem Ende der Karriere und der eigenständigen sozialen Absicherung verbunden ist (vgl. Beck-Gernsheim 2006). Neben ökonomischen Aspekten stehen auch ungünstige institutionell-infrastrukturelle Bedingungen in Deutschland einer Familiengründung entgegen, insbesondere der Mangel an Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder und das unzureichende Angebot an Ganztagsschulen.

Erwerbstätigkeit und Kinderzahl

Der Ländervergleich belegt, dass mit der Frauenerwerbsquote die Geburtenhäufigkeit steigt und nicht sinkt. So lässt sich in den relativ kinderreichen Ländern Frankreich, Schweden und Norwegen an höheren Geburtenraten ablesen, dass es dort für Frauen besser möglich ist, Beruf und Familie zu vereinbaren. Frauen mit einem Kind sind in diesen Ländern praktisch gleich häufig erwerbstätig wie kinderlose Frauen (vgl. Kröhnert u.a. 2004). Im Unterschied dazu herrscht in Deutschland immer noch das konservative Familienleitbild mit einem männlichen Haupternährer vor; ein Großteil der berufstätigen Mütter arbeitet in Deutschland in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen. Der Beschäftigungsanteil von Müttern mit einem Kind unter drei Jahren liegt bei etwa 60%, Frauen mit zwei oder mehreren Kindern sind nur zu 56% erwerbstätig, während der entsprechende Wert bei kinderlosen Frauen bei 77% liegt. In Frankreich scheint ein Kleinkind kein Grund für die Unterbrechung der Erwerbsarbeit zu sein – dort sind 80% der Mütter eines Kleinkindes beschäftigt. Frankreich verfügt aber mit Vorschulen und Ganztagsschulen über ein relativ hoch entwickeltes System der Kinderbetreuung, das Frauen die Verknüpfung von Familienverantwortung und Beschäftigung erleichtert (vgl. McDonald 2006).

Unter Verweis auf die positiven Beispiele Frankreichs und Skandinaviens spielt in der deutschen Debatte das Argument der notwendigen Förderung einer Kompatibilität von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft eine bedeutende Rolle. Derartige Bestrebungen sind aus frauen- und geschlechterpolitischer Sicht positiv zu bewerten, denn die Voraussetzungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind für beide Geschlechter ungünstig. Inwieweit entsprechende Maßnahmen die gewünschten demographischen Effekte bewirken, ist aber unklar, denn ein direkter Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität ist kaum nachzuweisen. Bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen (z.B. Kinderbetreuungsmöglichkeiten, flexible Arbeits-

zeiten, Wiedereinstiegschancen nach der Babypause) können eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowohl für Frauen als auch für Männer durchaus ermöglichen und unterstützen. Es müssen aber noch andere Faktoren berücksichtigt werden, wie z.B. Lohnentwicklung, Teilzeitarbeit, das Alter der Frau bei der Geburt des ersten Kindes etc. Hinzu kommen bestehende Wertesysteme und soziale Normen im Hinblick auf die Familie, die in den einzelnen Ländern und Gesellschaften sehr verschieden sind. Um die unterschiedlichen Geburtenraten in den einzelnen europäischen Ländern zu erklären, müssen diese komplexen Faktorenbündel berücksichtigt werden (vgl. Engelhardt/Prskawetz 2005).
Unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen und das Ineinandergreifen von verschiedenen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Faktoren bilden ein „Interdependenzgefüge" (vgl. Dackweiler 2006), aus dem sich keine unilinearen Kausalzusammenhänge isolieren lassen. Gerade in Deutschland ist dieses Interdependenzgefüge stark von Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchen geprägt, sowohl auf der institutionell-strukturellen als auch auf der kulturell-symbolischen Ebene von Geschlechterleitbildern, Normen und Werten. Dies erschwert es Frauen und Männern, vorhandene Kinderwünsche zu realisieren oder in ihrer Lebensorientierung überhaupt zu entwickeln (ebd.).

Bevölkerungspolitik versus Geschlechterpolitik?

Ein in einer Gesellschaft erfolgreiches Modell kann nicht einfach auf einen anderen gesellschaftlichen und kulturellen Kontext übertragen werden. Instrumentelle Versuche einer demographischen Steuerung sind daher nicht nur aus normativen Gründen problematisch, sondern sie blieben faktisch wirkungslos. Das, was derzeit im Kontext des Demographiediskurses als Unvereinbarkeit von Beruf und Familie diskutiert wird, verweist auf strukturelle gesellschaftliche Probleme, wie sie aus geschlechterpolitischer Perspektive als Problem unzureichender Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit reflektiert werden. Im Demographiediskurs wird dieses nicht mehr als solches wahrgenommen, sondern primär im Hinblick auf seine demographischen Effekte. Die dargestellten strukturellen Probleme auf ihre demographischen Wirkungen zu reduzieren, bedeutet allerdings eine starke Verengung des Blickfeldes. Zwar müssen Politiken, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter fördern, und eine Politik, die auf eine Anhebung der Geburtenrate abzielt, sich nicht per se gegenseitig ausschließen. Doch ihre normativen Grundlagen und gesellschaftlichen Zielsetzungen unterscheiden sich fundamental.
Generative Reproduktion ist ebenso wie andere menschliche Tätigkeiten kein Naturvorgang, sondern ein vergesellschafteter natürlicher Vorgang. Die Entscheidung für oder gegen Kinder ist jenseits biologischer Voraussetzungen „eingelassen in ein Bündel von subjektiven Handlungsmotiven und Handlungsorientierungen sowie institutionalisierter Handlungsbedingungen" (Dackweiler 2006, 82). Diese institutionellen Arrangements verhindern oder ermöglichen soziale Praktiken mit demographischen Folgen.

Die Schaffung von institutionellen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist sowohl aus familienbezogener als auch geschlechterpolitischer Sicht sinnvoll. Sie muss jedoch verbunden sein mit einer Förderung der Autonomie, einer eigenständigen Existenzsicherung und der Realisierung selbstbestimmter Lebensmodelle (mit oder ohne Kinder) für beide Geschlechter (vgl. Kahlert 2006). Bevölkerungspolitik zeichnet sich demgegenüber durch den Versuch aus, einzelne isolierte Faktoren wie Stellschrauben zu behandeln, mit denen sich die Geburtenrate im erwünschten Sinne justieren lässt. Die intendierten Effekte sind jedoch begrenzt und weitgehend unberechenbar, weil das Gefüge von Interdependenzen zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und kulturell-symbolischen Faktoren unberücksichtigt bleibt. Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage nach den Bezugsgrößen von bevölkerungspolitischen Maßnahmen: Was wird unter „Bevölkerung" verstanden? Was sind die politischen Zielsetzungen? Wer wird damit angesprochen? Wer wird dabei ausgeschlossen?
Weder die Bevölkerungsentwicklung als ganzes noch die Geburtenentwicklung sind politisch steuerbar. Überdies sind hohe oder niedrige Geburtenraten kein Wert an sich. Was in Deutschland an sinkenden Geburtenraten problematisch ist, kann nur für einzelne konkrete Handlungsbereiche festgestellt werden.

Anmerkungen

1 Dies ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern von Frauen im Alter von 15-49 Jahren.

2 Eine Geburtenrate von weniger als 1,5 Kindern gilt in der Demographie als unterhalb der „safety zone", bei der die Generationengröße stark absinkt und nur durch massive Immigration kompensiert werden kann (vgl. McDonald 2006, 485).

Literatur

Beck-Gernsheim, Elisabeth, 2006: Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang. München.

Dackweiler, Regina-Maria, 2006: „Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime". In: Berger, Peter A. / Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt / M., 81-107.

Engelhardt, Henriette / **Prskawetz**, Alexia, 2005: „Beruf und Familie immer noch schwer zu vereinbaren. Europäische Länder unterstützen Frauen unterschiedlich". Demographische Forschung aus erster Hand. 2. Jg. Nr. 3, 1-2.

Kahlert, Heike, 2006: „Emanzipation der schrumpfenden Gesellschaft". Berliner Debatte Initial. 17. Jg. Nr. 3, 9-23.

Kröhnert, Steffen u.a., 2004: Emanzipation oder Kindergeld? Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären. Berlin.

McDonald, Peter, 2006: „Low Fertility and the State: The Efficacy of Policy". Population and Development Review. 32. Jg. H. 3, 485-510.

Schmitt, Christian / **Winkelmann**, Ute, 2005: „Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten". Feministische Studien. 23. Jg. Nr. 1, 9-23.